

---

**1051/A(E) XXV. GP**

---

Eingebracht am 26.03.2015

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Anneliese Kitzmüller, Christoph Hagen  
und weiterer Abgeordneter

betreffend **Exhumierung altösterreichischer Nachkriegsopfer kommunistischer Partisanen in Koschnitz/Košnica bei Cilli/Celje in der Republik Slowenien**

Dem „Verein für die Erhaltung verschwiegener Gräber“ („Društvo za raziskovanje polpretekle zgodovine“) unter der Leitung des Obmanns Roman Leljak ist es nun nach drei Jahren intensivster Bemühungen gelungen, bei den slowenischen Behörden alle erforderlichen Dokumente zur Exhumierung der sterblichen Überreste altösterreichischer Nachkriegsopfer kommunistischer Partisanen in Koschnitz/Košnica bei Cilli/Celje zu erwirken. Diese sterblichen Reste – es handelt sich dabei um etwa 400 Opfer, darunter auch viele Frauen und Kinder, ruhen derzeit in einem Massengrab in Koschnitz/Košnica. Ihre Exhumierung, wie auch das Verbringen in ein Beinhaus in Marburg/Maribor, ist wegen des geplanten Zuschützens nur mehr bis Ende 2015 möglich. Eine Exhumierung der sterblichen Überreste nach Ende 2015 wäre nur mehr schwer möglich und würde enorme Mehrkosten verursachen. Die derzeitigen Gesamtkosten des Vorhabens werden seitens des Vereinsobmanns Leljak mit ca. € 30.000.- beziffert.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

### Antrag

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres, wird ersucht, im Sinne einer europäischen Aussöhnung und der Verantwortung der Republik Österreich gegenüber den verbliebenen Altösterreichern, Herrn Roman Leljak – Obmann des 'Verein für die Erhaltung verschwiegener Gräber' ('Društvo za raziskovanje polpretekle zgodovine') eine finanzielle Förderung in der Höhe von EUR 30.000,- für die Exhumierung und Überführung der sterblichen Überreste der im Massengrab von Koschnitz/Košnica befindlichen Nachkriegsopfer als bald wie möglich zu gewähren.“

*In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Außenpolitischen Ausschuss vorgeschlagen.*

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.